



Resolution der SP Schweiz

verabschiedet am Parteitag vom 3./4. Dezember 2016 in Thun

Für eine Stärkung der Kaufkraft

Wir stellen fest, dass die Kaufkraft der Arbeitnehmenden in den letzten Jahren laufend abgenommen hat. Grund dafür ist der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK), der weder Krankenkassenprämien noch Mietpreise beinhaltet. Ein Grossteil der benachteiligten Schichten hat Anrecht auf Unterstützung durch Kantone oder Gemeinden; das gilt für jene Bürgerinnen und Bürger, die keinen genügend hohen Lohn haben, um in Würde zu leben.

Die untere Mittelschicht hingegen ist nicht in der gleichen Lage, ihr Einkommen erlaubt ihnen nicht, Unterstützungen zu beantragen, doch auch diese Personen können nicht alle finanziellen Lasten tragen, die einem normalen Familienalltag belasten: wie Kosten für Zahnarzt, Unfälle oder Beteiligung an Arztkosten usw.

Das bedeutet, dass die Mittelschicht Jahr für Jahr stärker verarmt. Ich glaube, wir wollen uns nicht den Staaten angleichen, die noch stärker von der neoliberalen Ideologie verseucht sind.

Die erwähnten Probleme gehen auf die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern zurück. In den letzten Jahren war der Index negativ (ungefähr minus 0,2 bis 0,4%), was bedeutet, dass bei den Lohnverhandlungen auf keine Forderungen eingetreten wird. Die Arbeitgeber beziehen sich bei der Bewertung der Teuerung auf den Schweizer Landesindex der Konsumentenpreise (LIK). In den letzten Jahren wurde jedoch die Teuerung der Krankenkassenprämien stark unterbewertet, weil der LIK diese nicht genügend abbildet. Die SP soll deshalb vom Bundesrat und Parlament eine Reform für einen glaubwürdigeren und solidarischeren LIK für die ganze Bevölkerung fordern, der näher an der gelebten Realität der Bürgerinnen und Bürger liegt.

Der andere Faktor sind die Mietpreise, die völlig überborden, die Grenzen des Anstandes überschritten haben und den Arbeitnehmenden in der Regel nicht erlauben, eine ihrem Einkommen entsprechende Wohnung zu finden.

Die Ausgaben für die Krankenkassenprämien und die Mietpreise sollen in den Landesindex der Konsumentenpreise aufgenommen werden.